

Sitzungsniederschrift

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen führte die 25. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 09.02.2017 in Kremmen, Am Markt 1, Rathaus, Ratssaal - Eingang Mühlenstraße um 19.30 Uhr durch.

a) anwesend

Reckin, Detlef	Vorsitzender
Arens, Jörg	Mitglied
Förster, Arthur	Mitglied
Kretzschmar, Andreas	Mitglied
Kurth, Jürgen	Mitglied
Falkenberg, Fritz	Mitglied
Fritz, Uwe	Mitglied
Busse, Sebastian	Mitglied
Koop, Eckhard	Mitglied
Brunner, Christoph	Mitglied
Bommert, Frank	Mitglied
Ganschow, Margareta	Mitglied
Tietz, Reiner	Mitglied
Mittelstädt, Gerhard	Mitglied
Voigts, Malte	Mitglied
Beuchel, Björn	Mitglied

b) abwesend

Winkler, Peter	Mitglied
Gebauer, Stefanie	Mitglied

c) von der Verwaltung anwesend

Frau Haak, Frau Schönrock, Frau Stolzenberg, Frau Tamms, Herr Lerche

d) Gäste

Planungsbüro Ludewig, Birkenwerder

e) Presse

MAZ: Herr Tiesler
OGA: Herr Kupfer

Die Mitglieder waren durch **-ordnungsmäßige** - Einladung vom **31.01.2017** auf **Donnerstag, den 09.02.2017** unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben. Der Vorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die **- ordnungsmäßige** - Einberufung keine Einwendungen erhoben wurden. Die Stadtverordnetenversammlung war - nach der Zahl der erschienenen Mitglieder - **beschlussfähig**.

Bestätigte Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung vom 08.12.2016
Beschlussvorlage - 01-2-2017
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Informationen des Bürgermeisters
5. Einwohnerfragestunde
6. Beratung und Beschluss: Information durch die Mitglieder der Verbandsversammlung Abwasserzweckverband für die Stadt Kremmen zu dem Beschluss der Verbandsversammlung zur Weiterführung der Tätigkeit des Zweckverbandes
Beschlussvorlage - 01-4-2017
7. Beratung und Beschluss: Gültigkeit der Wahl der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters der Stadt Kremmen am 06.11.2016
Beschlussvorlage - 01-5-2017
8. Beratung und Beschluss: Aufstellung der Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58)
Beschlussvorlage - 01-8-2017
9. Beratung und Beschluss: Änderung zum Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Wohnen und betreutes Wohnen Döringsbrücker Weg" in "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg"
Beschlussvorlage - 01-9-2017
10. Beratung und Beschluss: Umsetzung der Maßnahmen aus dem Stadt-Umland-Wettbewerb (SUW)
Beschlussvorlage - 01-10-2017
11. Beratung und Beschluss: Änderung der Nutzungsfestsetzung Bebauungsplan Nr. 38 der Stadt Kremmen "Freizeitsportanlage Quad-Bahn"
Beschlussvorlage - 01-11-2017
12. Beratung und Beschluss: Ausbildung in der Stadtverwaltung Kremmen
Beschlussvorlage - 01-12-2017
13. Beratung und Beschluss: Förderung und Ausbildung eines Absolventen der Goethe-Oberschule Kremmen
Beschlussvorlage - 01-13-2017
14. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

II. Nichtöffentlicher Teil

1. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Stadtverordnetenversammlung vom 08.12.2016
2. Beratung und Beschluss: Verkauf eines bebauten Grundstücks in der Gemarkung Kremmen, Flur 11, Flurstück 14/3
Beschlussvorlage - 01-1-2017
3. Beratung und Beschluss: Verkauf eines unbebauten Grundstücks in der Gemarkung Flatow, Flur 13, Flurstück 189
Beschlussvorlage - 01-2-2017
4. Beratung und Beschluss: Verkauf von zwei unbebauten Grundstücken in der Gemarkung Hohenbruch, Flur 2, Flurstücke 82/4 und 82/6
Beschlussvorlage - 01-3-2017
5. Beratung und Beschluss: Vergabe der Bauleistungen Dachsanierung Kita Hohenbruch, Dachdeckungs- und Klempnerarbeiten
Beschlussvorlage - 01-6-2017
6. Beratung und Beschluss: Vergabe der Bauleistungen Umbau und Sanierung EG Klubhaus Kremmen, Fliesenarbeiten
Beschlussvorlage - 01-7-2017
7. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschlüsse	Abstimmungsergebnis		
		Ja	Nein	Enth
	Stadtverordnetenversammlung am 09.02.2017			
	I. Öffentlicher Teil			
1.	Eröffnung der Sitzung Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Detlef Reckin, eröffnet die Sitzung um 19.30 Uhr und begrüßt die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, die Gäste, Vertreter der Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Pressevertreter. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit fest. Von insgesamt 19 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind 16 anwesend. Entschuldigt fehlen Frau Dr. Gebauer, Herr Sasse und Herr Winkler.			
2.	Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung vom 08.12.2016 Beschlussvorlage - 01-2-2017 Herr Koop bezieht sich auf Seite 14 des Sitzungsprotokolls zum Tagesordnungspunkt Anfragen und Informationen der Abgeordneten. Im letzten Absatz steht dort "Herr Koop fragt, ob es Bestrebungen gibt ..." Er bittet um folgende textliche Änderung: "Herr Koop fragt, ob es Verhandlungen oder Gespräche gab...". Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzungsprotokolle jetzt immer aufgezeichnet werden, um Unstimmigkeiten zu vermeiden. Außerdem sei es eine Erleichterung für die Protokollantinnen. Die Einwohner bittet er, ihren Namen und den Wohnort zu nennen, da dies die Aufzeichnungen vereinfacht. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift werden nicht vorgetragen, somit ist der öffentliche Teil der Niederschrift bestätigt.			
3.	Feststellung der Tagesordnung Herr Kretzschmar informiert, dass die Fraktion SPD-Grüne die beiden Anträge zum TOP 12 und 13 wegen eines Formfehlers zurückzieht. Weitere Änderungsanträge werden nicht gestellt. Damit entfallen die Tagesordnungspunkte 12 und 13.			
4.	Informationen des Bürgermeisters Die stellvertretende Bürgermeisterin, Frau Kathrin Schönrock, informiert, dass die Ortsvorsteher heute Abend ein Schriftstück erhalten haben, in dem die Verteilung des gesonderten Bürgerbudgets 2017 auf die Ortsteile dargelegt ist. Sie bittet die Ortsvorsteher, die Einreichung der Vorschläge immer nach Rücksprache mit den Fachabteilungen vorzunehmen. Herr Kurth wendet ein, dass das so nicht vereinbart war. Frau Schönrock macht deutlich, dass dies notwendig sei, weil z.B. Vergabevorschriften oder DIN-Normen usw. eingehalten			

	werden müssen.			
5.	Einwohnerfragestunde Es erfolgen keine Wortmeldungen.			
6.	<p>Beratung und Beschluss: Information durch die Mitglieder der Verbandsversammlung Abwasserzweckverband für die Stadt Kremmen zu dem Beschluss der Bezirksversammlung zur Weiterführung der Tätigkeit des Zweckverbandes Beschlussvorlage - 01-4-2017</p> <p>Herr Tietz verweist auf den von der Fraktion Die Linke/Bürger für Bürger/Koop eingereichten Antrag und auf den Presseartikel zu dieser Thematik, in dem der Sinn und Zweck des Antrages ausführlich dargelegt wurde. Er macht noch einmal deutlich, dass wir als Kremmener unseren Zweckverband nicht aus der Hand geben wollen. Wir bestimmen direkt die Preise für unsere Bürger und sind regionaler Arbeitgeber für unsere Bürger. Immerhin gehe es hier um 13 Arbeitsplätze. Für ihn hat sich eine wichtige Lehre aus dieser Thematik ergeben. Wichtige Dinge im Zweckverband, bei denen es um die Abstimmung der Vertreter geht, sollten im Vorfeld durch die Stadtverordnetenversammlung beraten werden, denn seine einzelne Stimme der Zu- oder Absage geht dort unter. Die drei Vertreter im Zweckverband sollten durch die Stadtverordnetenversammlung den Auftrag erhalten, wie sie sich bei der Abstimmung zu verhalten haben. Er informiert weiterhin, dass die Gemeinde Oberkrämer empfiehlt, das Wort "Geschäftsführer" durch das Wort "leitenden Mitarbeiter" zu ersetzen. Er ist der Meinung, dass wir dabei bleiben sollten, unter der Voraussetzung, dass eine qualifizierte Fachkraft gewonnen werden kann.</p> <p>Herr Kurth verweist auf die gute Entwicklung des Zweckverbandes unter Geschäftsführer Jilg und Vorstandsvorsteher Sasse und in diesem Zusammenhang dankt er den beiden, dass sie die Arbeit des Zweckverbandes Kremmen zur Zufriedenheit der Abgeordneten voran geführt haben. Er stimmt dem Vorschlag der Fraktion zu.</p> <p>Herr Busse informiert, dass er bereits an Gesprächen mit der OWA GmbH Falkensee, Herrn Sasse und Herrn Leys teilgenommen hat. Auch mit Herrn Tietz hat er über den Antrag gesprochen. Es gibt einen Beschlusstext von der Bezirksversammlung, dass es nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist, die Betriebsführung des Zweckverband Kremmen an die OWA GmbH zu übertragen. Im Gespräch sei aber herausgekommen, dass die OWA GmbH diese Voraussetzungen nicht erfüllen kann und von daher sind weitere Verhandlungen überflüssig. Auch er schließt sich der</p>			

	<p>Empfehlung von Herrn Leys an, das Wort "Geschäftsführer" durch "leitenden Mitarbeiter" zu ersetzen. Es hat bereits zwei Ausschreibungen für einen Geschäftsführer gegeben und es gab auch Bewerbungen, aber eine passende Person konnte nicht gefunden werden. Desweiteren muss in Gesprächen geklärt werden, wie die künftigen Stunden des leitenden Mitarbeiters auf den verwaltungstechnischen und den praktischen Bereich aufgeteilt werden können.</p> <p>Die SPD-Fraktion stimmt dem Antrag ebenfalls zu, informiert Herr Ahrens. Es sei vernünftig, diese Aufgabe in kommunaler Hand zu belassen. Die Formulierung im ersten Satz sollte jedoch nach ihrer Auffassung geändert werden, da Parlamentarier nicht an Aufträge gebunden werden dürfen. Seine Fraktion empfiehlt daher, das Wort "beauftragt" durch das Wort "empfiehlt" zu ersetzen.</p> <p>Herr Förster spricht ebenfalls die positive Entwicklung des Zweckverbandes Kremmen an. Es ist unser Eigentum und über unser Eigentum entscheiden die Stadtverordneten. Und wenn wir drei Vertreter im Zweckverband haben, können wir als Stadtverordnete diese beauftragen, unsere Willensentscheidung dort kund zu tun.</p> <p>Herr Reckin informiert, dass die Verwaltung derzeit eine Prüfung über die Kommunalaufsicht veranlasst hat. Der Geschäftsführer des Zweckverbandes Kremmen, Herr Jilg, verweist auf § 19 (2) GKG (Gesetz über Kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg), wonach die Möglichkeit besteht, dass die Stadtverordnetenversammlung ihren Vertretern im Zweckverband Weisung erteilen können. Die Vertreter der Verbandsversammlung sind von uns bestimmt und unsere Meinungsbildung kann den Vertretern übertragen werden, macht Herr Koop deutlich.</p> <p>Herr Tietz schlägt abschließend vor, dass das Wort "Geschäftsführer" durch die Worte "leitender Mitarbeiter in der vorgesehenen Entgeltstufe" zu ersetzen.</p> <p>Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Herr Reckin um Abstimmung.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt den Mitgliedern der Verbandsversammlung für die Stadt Kremmen, für die weitere Betriebsführung des Verbandes durch einen von den Verbandsorganen berufenen leitenden Mitarbeiter in der vorgesehenen Entgeltstufe zu wirken. Es ist ein Beschluss einzubringen, umgehend eine neue Ausschreibung der Stelle zu veranlassen und in der Region breit zu bewerben. Von einer Abgabe der Geschäftsführung an einen Betrieb der freien, privaten Wirtschaft ist abzusehen."</p>			
--	--	--	--	--

	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: abweichend	14	0	2
7.	<p>Beratung und Beschluss: Gültigkeit der Wahl der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters der Stadt Kremmen am 06.11.2016 Beschlussvorlage - 01-5-2017</p> <p>Frau Tamms erläutert, dass der endgültige Beschluss zu fassen ist, dass die Stadtverordnetenversammlung die Wahl für gültig erklärt. Sie informiert, dass es einen Wahleinspruch gab. Dadurch, dass dieser nicht begründet war und dieser Einwohner auch kein Kremmener Bürger ist, war dieser Wahleinspruch auszuschließen.</p> <p>Herr Tietz weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage dahingehend geändert werden muss, dass es sich nur um einen Wahleinspruch handelt.</p> <p>Frau Tamms nimmt diesen Hinweis auf. Anschließend weist Frau Tamms darauf hin, dass der gewählte Bürgermeister und die zwei Bürgermeisterkandidaten nicht mit abstimmen dürfen. Herr Busse, Herr Koop und Herr Förster werden von der Abstimmung ausgeschlossen.</p> <p>„Die Einwendung gegen die Wahl ist unzulässig oder nicht begründet und wird zurückgewiesen. Die Wahl ist gültig.“</p>			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	13	0	0
	<u>Mitwirkungsverbot nach §28 GO</u>			
	Förster, Arthur			
	Koop, Eckhard			
	Busse, Sebastian			
8.	<p>Beratung und Beschluss: Aufstellung der Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58) Beschlussvorlage - 01-8-2017</p> <p>Herr Reckin bittet Frau Ludewig um Ausführungen. Da die Tagesordnungspunkt 8 und 9 im Zusammenhang stehen, bittet Frau Ludewig darum, die Ausführungen zusammenhängend zu geben. Die Abgeordneten sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.</p> <p>Frau Ludewig erläutert anschließend anhand einer Power-Point-Präsentation das Plangebiet des Vorhaben- und Erschließungsplanes. Planungsziel ist es, entsprechend des Vorhaben- und Erschließungsplanes der Vorhabenträgerin die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Wohnnutzungen mit Anschluss an die bebaute Ortslage von Hohenbruch sowie für stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen</p>			

	<p>und Mehrfachbehinderungen und zugehörige Freiflächennutzungen zu schaffen. Hierfür sollen vorhandene Gebäude genutzt bzw. durch Ersatzneubauten ersetzt werden, die erforderlichenfalls auch mit einander verbunden werden können. Die hofartige Struktur der bisherigen Bebauung wird erhalten und um einen baulichen Lückenschluss zur bebauten Ortslage ergänzt.</p> <p>Der Bau- und Wirtschaftsausschussvorsitzende, Herr Kretzschmar, informiert, dass sich der Ausschuss in der Sitzung am 07.02.2016 mit diesem Thema beschäftigt hat und die einstimmige Empfehlung abgegeben hat.</p> <p>Auch der Ortsbeirat Kremmen hat dem Vorhaben zugestimmt und freut sich auf die Umsetzung, fügt Herr Koop an.</p> <p>Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.</p> <p>“1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt auf Antrag des Vorhabenträgers gemäß § 2 (1) BauGB die Einleitung eines Verfahrens zur Änderung des Flächennutzungsplanes für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58)</p> <p>2. Das Plangebiet umfasst die Fläche der Hofstelle Döringsbrücker Weg südlich der bebauten Ortslage des OT Hohenbruch sowie die Anschlussfläche bis zum Siedlungsbereich. Es hat eine Größe von ca. 2,1 ha und ist im beiliegenden Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan dargestellt.</p> <p>3. Planungsziel</p> <p>Mit der geplanten Änderung des Flächennutzungsplanes sollen auf der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung die Voraussetzungen für die Aufstellung eines vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg" geschaffen werden.</p> <p>Die bisherige Darstellung einer Fläche für die Landwirtschaft soll hierfür wie folgt geändert werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wohnbaufläche anschließend an die bebaute Ortslage von Hohenbruch bis einschließlich zum vorhandenen 5-Familien-Haus - Sondergebiet für stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen im Bereich der übrigen Hoffläche private Grünfläche Garten im südlichen und westlichen Teil des Plangebietes." 			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig</p> <p>Abstimmung: laut Vorschlag</p>	15	0	1
9.	<p>Beratung und Beschluss: Änderung zum Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Wohnen und betreutes Wohnen Döringsbrücker Weg" in "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg"</p> <p>Beschlussvorlage - 01-9-2017</p> <p>Siehe Ausführungen unter TOP 8.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt auf Antrag der Vorhabenträgerin den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB in Verbindung mit §12(2) BauGB vom 11.12.2014, Beschluss-Nr. 01-76-2015 für die Aufstellung</p>			

	<p>des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58 "Wohnen und therapeutische Praxen Döringsbrücker Weg" OT Hohenbruch, Stadt Kremmen sowie den Beschluss-Nr. 01-64-20 15 für die Änderung zum Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Wohnen und therapeutische Praxen Döringsbrücker Weg" in "Wohnen und betreutes Wohnen Döringsbrücker Weg" wie folgt zu ändern:</p> <p>1. Der Titel des aufzustellenden vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58 wird geändert in: "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg"</p> <p>2. Das Planungsziel wird wie folgt präzisiert:</p> <p>Planungsziel ist es, entsprechend dem in der Anlage 1 beiliegenden Vorhaben- und Erschließungsplan der Vorhabenträgerin die planungsrechtlichen Voraussetzungen für stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen einschließlich zugehörige Freiflächennutzungen sowie für einen Anschluss an die bebaute Ortslage von Hohenbruch durch Wohnnutzungen zu schaffen. Hierfür sollen vorhandene Gebäude genutzt bzw. ersetzt werden. Die hofartige Struktur der bisherigen Bebauung wird erhalten und um einen baulichen Lückenschluss zur bebauten Ortslage von Hohenbruch ergänzt.</p> <p>3. Das Plangebiet umfasst entsprechend der zwischenzeitlich erfolgten Fortschreibung des katasterlichen Bestandes folgende Flurstücke der Flur 2 Gemarkung Hohenbruch: 505, 507, 508, 509 und 213/4. Es hat eine Größe von ca. 2,14 ha und ist im beiliegenden Lageplan (Anlage 2) dargestellt."</p>			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag</p>	15	0	1
10.	<p>Beratung und Beschluss: Umsetzung der Maßnahmen aus dem Stadt-Umland-Wettbewerb (SUW) Beschlussvorlage - 01-10-2017</p> <p>Herr Förster berichtet, dass der Bau- und Wirtschaftsausschuss darüber beraten hat. Zur Fahrradstraße von Hohenbruch nach Sommerswalde hat er einen Einwand vorgetragen, da dieser Weg die Anbindung nach Schwante ist. Für den Ortsbeirat Kremmen berichtet Herr Koop, dass sich der Ortsbeirat für alle drei Maßnahmen ausgesprochen hat. Da für die zweite Maßnahme (Fußgängerverbindung Seelodge - Ruppiner Kanal - Dehmeleweg) eine Förderung von 75 % möglich ist, empfiehlt der Ortsbeirat, diese Maßnahme auch so schnell wie möglich umzusetzen.</p> <p>Frau Tamms weist darauf hin, dass es im Moment nur darum geht, was tatsächlich geplant werden soll. Wir befinden uns noch in der Planungsphase und nicht in der Umsetzungsphase.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die Maßnahmen aus dem Stadt-Umland-Wettbewerb (SUW) mit folgender Priorisierung: Realisierung von Fahrradwegen, Mobile Vernetzung – Ausbau des kommunalen und regionalen Radwegenetz</p> <p>Fußgängerverbindung Kremmener See – Ruppiner Kanal- Dehmelweg</p> <p>Stärkung der Freizeitinfrastruktur"</p>			

	Stimmverhältnis: Abstimmung:	einstimmig laut Vorschlag	16	0	0
11.	<p>Beratung und Beschluss: Änderung der Nutzungsfestsetzung Bebauungsplan Nr. 38 der Stadt Kremmen "Freizeitsportanlage Quad-Bahn" Beschlussvorlage - 01-11-2017</p> <p>Herr Brunner informiert, dass die Orion Agrar GmbH das Gelände der ehemaligen Freizeitsportanlage Quadbahn erworben und auch inzwischen beräumt hat. Der Name des B-Planes Nr. 38 lautet ausschließlich Quadbahn und müsste für eine andere Nutzung umbenannt werden. Konkret liegt ihm eine Bewerbung für Hundeausbildung auf diesem Gelände vor. Das Gelände ist eingezäunt und würde sich daher für diese Nutzung anbieten. Nach seinen Erläuterungen verlässt Herr Brunner als Betroffener den Sitzungssaal.</p> <p>Frau Tamms macht deutlich, dass eine einfache Namensänderung nicht möglich sei. Um die Flächen im Plangebiet einer anderen Nutzung zuzuführen, sind die Aufhebung des B-Planes Nr. 38 und die Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes notwendig. Sobald eine andere Nutzung beabsichtigt ist, muss ein ganz neues Verfahren eingeleitet werden, das dann auch mit Kosten für die Stadt Kremmen verbunden ist.</p> <p>In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass die Abgeordneten den Wunsch von Herrn Brunner nachvollziehen können und ihm auch keine Steine in den Weg legen wollen. Der Antrag kann aber aufgrund der Vorschriften nicht umgesetzt werden.</p> <p>Herr Koop erkundigt sich, ob es möglich sei, weitere Freizeitmöglichkeiten ohne Benennung einer konkreten Sportart neben der Zweckbestimmung Quadbahn zu ergänzen.</p> <p>Frau Tamms stellt noch einmal klar, dass auch dann ein ganz neues Verfahren angestrebt werden muss, weil eine textliche Änderung vorliegt. Derjenige, der den Bebauungsplan aufstellt oder ändert, trägt auch die Kosten des Verfahrens.</p> <p>Man muss sich vorher Gedanken machen, wie der B-Plan betitelt werden soll, ergänzt Herr Voigt, der in der Vergangenheit ähnliche Erfahrungen auf dem Spargelhof machen musste. Es müsse genau formuliert sein, was getan oder geändert wird. Hier wurde im B-Plan die Nutzung als Quadbahn festgeschrieben und damit sei sie zweckgebunden. Es stellt sich die Frage, ob der Antrag zurückgezogen werden sollte, denn so kann er durch die Stadtverordnetenversammlung nicht beschlossen werden.</p>				

	<p>Herr Reckin macht deutlich, dass er sich nicht vorstellen könne, dass ein Abgeordneter gegen die Idee sei. Sollte noch Hilfe benötigt werden, dann könne Herr Brunner auch mit Unterstützung der Abgeordneten rechnen. Aufgrund der Vorschriften sei jedoch die Beschlussfassung dieses Antrages nicht möglich.</p> <p>Herr Brunner nimmt wieder an der Sitzung teil und äußert sich verärgert über dieses Diskussionsergebnis. Seiner Meinung nach könnten die Abgeordneten diese Zweckbindung im B-Plan aufheben. Wenn er einen neuen Bebauungsplan beantragt und diesen aber nicht durchbekomme, müsse die komplette Anlage zurückgebaut werden.</p> <p>Herr Brunner zieht daraufhin den Antrag zurück.</p>			
12.	<p>Beratung und Beschluss: Ausbildung in der Stadtverwaltung Kremmen Beschlussvorlage - 01-12-2017</p> <p>Dieser TOP wurde durch die SPD-Fraktion zurückgezogen.</p>			
13.	<p>Beratung und Beschluss: Förderung und Ausbildung eines Absolventen der Goethe-Oberschule Kremmen Beschlussvorlage - 01-13-2017</p> <p>Dieser TOP wurde durch die SPD-Fraktion zurückgezogen.</p>			
14.	<p>Anfragen und Informationen der Abgeordneten</p> <p>Herr Koop spricht die Vertragsstrafe wegen der verspäteten Übergabe der Wohnanlage an. Alle Abgeordneten haben hierzu die juristische Prüfung erhalten. Wenn er diese richtig versteht, hätte zu diesem ganzen Bauablauf eine Mahnung erfolgen müssen. Da aber keine Mahnung erteilt wurde, kann keine Vertragsstrafe angesetzt werden. Das sei ein Versäumnis und dieses lastet er dem Architekten an, denn hier geht es um Geld der Stadt. Die Abgeordneten sollten über einen Schadenersatz gegenüber des Architekten nachdenken. Wenn ein Architekt bei dieser Auftragssumme einen Fehler macht, sollte er auch dafür zur Verantwortung gezogen werden.</p> <p>Herr Ahrens erkundigt sich, ob und in welcher Höhe ein Schaden entstanden ist. Herr Koop teilt mit, dass gesagt wurde, wenn der verspäteten Übergabe der Wohnanlage nicht zugestimmt wird, der Landkreis 1 1/2 Monate keine Mietzahlung leisten wird.</p> <p>Herr Ahrens kann nicht erkennen, dass ein Schaden vorliegt. Herr Busse spricht den Vertragsbeginn an und erkundigt sich, welcher Vertrag gilt - 15. Oktober oder 01. September. Wenn der Vertrag ab 01. September gilt, macht die Stadt 1 1/2 Monate Mietverlust, gilt er ab 15. Oktober, machen wir keinen Verlust. Herr Falkenberg weist darauf hin, dass das vorliegende</p>			

<p>Schriftstück noch nicht einmal unterzeichnet ist.</p> <p>Herr Koop bittet die Verwaltung zu prüfen, welche Möglichkeiten aus dieser juristischen Prüfung hervorgehen, um eine evtl. Schadenersatzklage oder Forderung, gegen wen auch immer durchzusetzen. Es soll geprüft werden, welcher evtl. Schaden entstanden ist und an wen wir unsere Forderungen zu richten haben. Herr Busse ergänzt, dass auch geprüft werden müsse, welche Summe zu beanstanden ist.</p> <p>Herr Koop spricht anschließend die Auszeichnungen im Rahmen des Stadtempfangs an. Die Vorschläge sollten durch die Ortsbeiräte an den Kultur- und Sozialausschuss zur Beratung herangetragen werden. Er erkundigt sich, wann der Stadtempfang stattfindet.</p> <p>Herr Reckin informiert, dass der Stadtempfang für den 16.03.2017 anvisiert war. Dieser Termin war auch zur Verabschiedung des scheidenden Bürgermeisters angedacht. Der Bürgermeister hat dies allerdings abgelehnt, so dass es definitiv vor dem 21.03.2017 keinen Stadtempfang geben wird.</p> <p>Herr Bommert merkt an, dass er nicht glaubt, dass der Bürgermeister allein entscheiden könne, ob ein Stadtempfang stattfindet oder nicht. In der Hierarchie steht der Stadtverordnetenvorsteher vor dem Bürgermeister und kann auch zum Stadtempfang einladen und auszeichnen. Wenn der Bürgermeister selbst nicht daran teilnimmt, sei das schade, denn es wäre die Gelegenheit gewesen, ihn würdig zu verabschieden, aber dann ist es so. Er denkt, dass an dieser Tradition festgehalten werden sollte. Man sollte den Empfang nicht von politischen Entscheidungen abhängig machen. Wir sollten daran festhalten und überlegen, wie wir den Stadtempfang gestalten.</p> <p>Herr Reckin stimmt den Ausführungen zu, macht aber auf den finanziellen Aspekt aufmerksam und erkundigt sich, unter welchem Titel der Stadtempfang abgehalten werden soll.</p> <p>Herr Bommert stellt den Antrag, dass die Stadtverordneten beschließen, den Stadtempfang durchzuführen. Er denkt, dass auch die finanziellen Mittel hierfür zur Verfügung stehen. Es sollte geprüft werden, wie viel Mittel der Stadtempfang gekostet hat und sich daran orientieren.</p> <p>Herr Koop schlägt vor, in diesem Jahr kein Thema vorzugeben. Dieser Empfang könne auch ohne Thema stattfinden. Es soll eine Auszeichnungsveranstaltung für ehrenamtlich Tätige sein, denen wir unseren Dank aussprechen.</p> <p>Herr Bommert stimmt dem zu. Wichtig sei, auch an die Leistungsträger zu denken, dazu gehört auch die Wirtschaft. Die</p>			
--	--	--	--

<p>sind in den letzten Jahren leider immer untergegangen. Das sind aber die Leute, die auch Arbeitsplätze schaffen. Weiterhin könne man auch ehrenamtlich Tätige aus den Vereinen ehren. Herr Dietrich merkt an, dass die Ortsvorsteher vor längerem aufgefordert wurden, ihre Vorschläge für auszuzeichnende Bürger einzureichen. Auf diese Vorschläge könnte zurück gegriffen werden. Auch Herr Tietz spricht sich für die Durchführung des Stadtempfangs aus. Er macht aber darauf aufmerksam, dass der Kultur- und Sozialausschuss nicht in der Lage ist, eine Satzung für die Verleihung einer Ehrennadel, für die Ehrenbürger und für die ehrenamtlich Tätigen zu erarbeiten. Diese Satzungen müssen von der Verwaltung ausgearbeitet und dann im Ausschuss beraten werden. Die Ortsbeiräte sollten die Möglichkeit erhalten, je einen Vorschlag einzureichen.</p> <p>In der anschließenden Diskussion einigen sich die Abgeordneten darauf, den Stadtempfang am 16.03.2017 um 18.00 Uhr durchzuführen. Es sollen nur drei Ehrennadeln verliehen werden. Das Kulturprogramm soll kostengünstig klein gehalten werden. Für das Buffet wird Herr Reckin wieder Kontakt mit dem Partyservice Pudes Eck aus Velten aufnehmen. Als Lokalität schlägt Herr Bommert den Spargelhof vor. Herr Reckin teilt abschließend mit, dass die Einladungen zum Stadtempfang rechtzeitig versendet werden.</p> <p>Anschließend verweist Herr Koop auf Seite 14 des Protokolls, in dem im letzten Absatz Herr Sasse gefragt wurde, ob es Bestrebungen gibt, die Verwaltung des Zweckverbandes Kremmen an die OWA GmbH Falkensee zu übergaben. Herr Sasse hatte geantwortet, dass es bisher keine Verhandlungen mit der OWA gab. Er findet es ausgesprochen dreist, wenn die Öffentlichkeit, die Abgeordneten und die Presse durch den Bürgermeister belogen werden. Die Bestrebungen, die Verwaltung des Zweckverbandes Kremmen an die OWA GmbH zu übergeben, gab es bereits schon vor länger Zeit, wie auch Herr Busse heute bemerkt hat.</p> <p>Herr Koop spricht weiterhin die Besetzung des Aufsichtsrates der Wohnungsbaugesellschaft Kremmen mbH an. Herr Förster hatte darum gebeten, zu überprüfen, ob ein Beschluss vorliegt, dass aus jeder Fraktion ein Vertreter und der Ortsvorsteher Kremmen in den Aufsichtsrat entsendet werden sollten. Herr Reckin teilt mit, dass eine Überprüfung erfolgt ist, eine Prüfung von höherer Stelle jedoch noch erfolgen müsse. Es ist nicht genau definiert im Beschluss. Gewählt wurden die vier Abgeordneten, die von den Fraktionen vorgeschlagen wurden.</p>			
---	--	--	--

<p>Im Beschluss heißt es 5 + 1. Es hätte aber heißen müssen 4 + 1 +1. Herr Brunner meint, dass es in der Vergangenheit eher Zufall war, dass der Ortsvorsteher von Kremmen mit im Aufsichtsrat saß. Er selbst saß als Vertreter seiner Fraktion im Aufsichtsrat und war zufällig auch noch Ortsvorsteher. Herr Tietz stellt klar, dass es darum geht, ob der Ortsvorsteher von Kremmen mit im Aufsichtsrat sitzen soll. Dann müsste der Beschluss geändert werden. Er stellt den Antrag, die Verwaltung damit zu beauftragen, per Beschluss die Besetzung des Aufsichtsrates zu ändern, mit dem Vorschlag, den Ortsvorsteher von Kremmen mit aufzunehmen.</p> <p>Herr Busse gibt zu bedenken, dass dann auch die Ortsvorsteher aus den anderen Ortsteilen dieses Recht hätten, da die WOBA auch Häuser in den Ortsteilen verwaltet. Dann würden sich die Mitglieder des Aufsichtsrates rapide erhöhen. Bevor ein neuer Beschluss gefasst wird, sollte eine grundlegende Diskussion erfolgen, meint Herr Reckin.</p> <p>Aus Kremmen sind drei Abgeordnete Mitglied im Aufsichtsrat. Das findet Herr Bommert sehr überdimensional. Herr Koop schlägt abschließend vor, den Abgeordneten das Vertragswerk zur Besetzung des Aufsichtsrates vorzulegen.</p> <p>Herr Koop informiert weiterhin, dass es im vergangenen Jahr eine Datenschutzänderung gab, nach der ohne Willensbekundung des Bürgers keine Veröffentlichung der Geburtstage mehr erfolgen darf. Das geht nur noch, wenn die älteren Bürger im Einwohnermeldeamt die Genehmigung zur Veröffentlichung geben. Weil er immer wieder darauf angesprochen wird und einige Bürger es sehr bedauern, dass sie keine Geburtstagsglückwünsche in der Presse lesen können, hat er eine Bitte an die Verwaltung: Vielleicht kann an alle Bürger ab einem bestimmten Alter dieses Antragsformular versendet werden, in dem die Bürger die Genehmigung erteilen, dass ihre Daten zur Veröffentlichung der Geburtstagsdaten weitergegeben werden dürfen.</p> <p>Herr Busse teilt ebenfalls mit, dass sich auch in den Seniorengruppen ältere Bürger darüber beschwerten, dass ihr Geburtstag nicht mehr in der Zeitung steht. Dort werden nur Geburtstage ab 75 Jahre und dann immer alle 5 Jahre veröffentlicht. Alle anderen dazwischen werden nicht erwähnt. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung, dieses Formular an die Bürger zu versenden.</p> <p>Herr Koop berichtet weiterhin, dass sich die Anwohner in der Berliner Straße durch klappernde Gullideckel beschwerten. Frau Tamms nimmt diesen Hinweis auf. Anschließend übermittelt er</p>			
--	--	--	--

<p>die Anfrage eines Bürgers, warum nicht alle Sitzungsprotokolle im Internet eingesehen werden können. Speziell gebe es wohl Schwierigkeiten bei den Protokollen des Hauptausschusses und der Stadtverordnetenversammlungen.</p> <p>Frau Haak teilt mit, dass die Protokolle der Stadtverordnetenversammlungen alle einsehbar sein müssten. Bei den Ausschüssen gebe es Einschränkungen.</p> <p>Herr Koop bittet Frau Haak, dies zu kontrollieren.</p> <p>Herr Fritz spricht Herrn Koop an und berichtet über Vorwürfe gegenüber seiner Firma in Bezug auf die Durchführung der Reparaturen an den Straßenlampen. Er selbst habe im letzten halben Jahr aufgrund des Personalmangels selbst mitgearbeitet und zu 99 % wurden die Reparaturen innerhalb einer Woche erledigt.</p> <p>Herr Koop nimmt dazu Stellung und berichtet, dass in der Ortsbeiratssitzung am 06.02.2017 Hinweise vorgetragen wurden, dass einige Straßenbeleuchtungen zum wiederholten Male defekt sind. Herr Brenning dachte, dass dies eine Kritik an die ausführende Firma sei. Es wurde aber sofort richtig gestellt, dass dieser Hinweis keine Kritik an die Firma, die auch nicht namentlich benannt wurde, darstellt.</p> <p>Herr Fritz verweist auf einen Vertrag, nachdem er 14 Tage Zeit für die Reparatur habe. Die Lampen werden aber immer in kürzester Zeit repariert. Liegt ein Kabelfehler vor, könne dieser jedoch meist nicht an einem Tag repariert werden. Er macht darauf aufmerksam, dass viele Lampen bereits 50 Jahre alt sind und damit auch anfälliger.</p> <p>Herr Kurth erfragt den Sachstand zur Beauftragung eines Planers für die Aufstellung eines Gesamtflächennutzungsplanes. Frau Tamms informiert, dass derzeit das Leistungsverzeichnis erarbeitet wird und dann an die Planer versendet wird.</p> <p>Herr Dietrich erfragt den Belegungsstand der Asylbewerberunterkünfte.</p> <p>Herr Tietz informiert, dass derzeit 74 Erwachsene und 1 Kind dort leben. Wir haben immer mal Zuweisungen, die letzten gab es Mitte Januar. Herr Bommert teilt mit, dass es im Moment im Kreis mehr Abgänge als Zugänge gebe.</p> <p>Anschließend spricht Herr Bommert die Anträge der SPD-Fraktion (TOP 12 und 13) an. Diese Anträge seien hanebüchen und gehören nicht in die Presse. Er verweist auf das Diskriminierungsgesetz. Die Verwaltung müsse selbst entscheiden können, wie viel Leute und wann eingestellt werden</p>			
--	--	--	--

<p>soll. Man sollte der Verwaltung nicht etwas aufdrücken, was diese dann gar nicht umsetzen kann. Er glaubt auch nicht, dass es im Bauhof jemanden gibt, der Personen richtig anleiten kann. Dazu muss eine entsprechende Ausbildung vorliegen.</p> <p>Wenn der Antragsinhalt so wäre, wie ihn Herr Bommert beschrieben hat, hätte die Fraktion ihn nicht eingereicht, stellt Herr Ahrens klar. Zum zweiten Antrag sollte die Verwaltung prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, mit Absolventen der Goethe-Schule das so umzusetzen. Die Anträge werden überarbeitet und zur nächsten Sitzung präzisiert.</p> <p>Herr Tietz informiert, dass die Bürgerinitiative "Helfen mit Plan" beabsichtigt, einen Doppel-Container für die ehrenamtliche Beratung der Flüchtlinge aufzustellen. Der Landkreis hat sein Einverständnis hierfür erklärt. Frau v. Thüngen und er würden gemeinsam mit der Verwaltung die notwendigen Schritte abklären. Dazu gehören:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Klärung des Baurechts/Bauantrag 2. Ausschreibung des Vorhabens, mindestens zwei weitere Angebote 3. Planung der Medienanschlüsse (Strom, Wasser, Abwasser) 4. Bestellung, Aufstellung, Anschluss des Containers, Einpassung in die Einfriedung. <p>Im Namen der Helfer bedankt sich Herr Tietz bei der Verwaltung, die diese Aufgaben jetzt übernimmt. Sie bitten darum, dass ihnen der Bürgermeister Gelegenheit gibt, die zeitlichen Abläufe in einem Gespräch festzulegen.</p> <p>Herr Bommert weist darauf hin, dass die Hälfte der Wohnanlage leer steht.</p> <p>Herr Brunner verlässt um 21.07 Uhr die Sitzung.</p> <p>Herr Förster erkundigt sich, ob in den neuen Häusern bereits Schimmelbildung zu verzeichnen ist. Herr Tietz verneint dies und teilt mit, dass der dort tätige Hausmeister sehr bemüht ist, die nicht belegten Häuser täglich zu lüften, um Schimmelbildung zu verhindern. Herr Koop teilt mit, dass auch er von Frau Dr. Gebauer gebeten wurde, die Frage nach der Schimmelbildung zu stellen. Herr Busse berichtet, dass er durch Frau Haak in einem Gespräch informiert wurde, dass mit der Servicekraft eine Einweisung erfolgt ist. Es gibt kein Schimmelvorfall, sondern es ist eine vorbeugende Maßnahme.</p> <p>Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Herr Reckin beendet den öffentlichen Teil um 21.10 Uhr.</p>			
--	--	--	--

